

Die Schweiz ist erneut in Gefahr

- [Startseite](#)
- [News](#)
- Die Schweiz ist erneut in Gefahr



Unabhängigkeit und Freiheit stehen nicht zum ersten Mal unter Druck

Eine europapolitische Diskussion existiert, seit es die Schweiz gibt. Zu allen Zeiten lautete die Gretchenfrage: Wie hältst Du es – Eidgenossenschaft – mit den ausländischen Mächten? Wer soll im Lande Schweiz das Sagen haben? Die Eidgenossen selber oder fremde Mächte?

Von *Christoph Blocher*, alt Bundesrat, Herrliberg ZH

Das sind auch heute die grossen Fragen, und sie werden es bleiben. Die Gretchenfrage steht oft – vordergründig unbemerkt – hinter vielen aktuellen Themen des Alltags. So zum Beispiel, wenn Volksentscheide, die zu gültigen Verfassungsbestimmungen führten, deshalb nicht umgesetzt werden, weil sie angeblich ausländischem Recht widersprechen. Oder wenn man leichtfertig ganz generell internationales Recht vor Schweizer Recht stellt, wie dies seit Kurzem Parlament, Bundesrat und das Bundesgericht tun.

Hochaktuell ist die Absicht, mit der EU einen Rahmenvertrag abzuschliessen, der die Schweiz einerseits verpflichtet, in allen Gebieten, in denen die Schweiz bilaterale Verträge mit der EU geschlossen hat oder noch abschliessen wird, das frühere und künftige EU-Recht automatisch zu übernehmen und andererseits den europäischen Gerichtshof als Entscheidungsinstanz für allfällige Streiterledigungen anzuerkennen.

Was macht die Schweiz aus?

Für die Schweiz ist diese Frage besonders wichtig, denn sie ist ein kleines kompliziertes Land inmitten Europas ohne bedeutenden Binnenmarkt, ohne Bodenschätze, ohne Meeranschluss, mit schwieriger topografischer Struktur, viersprachig, politisch stark gegliedert in 26 selbständige Kantone und 2352 Gemeinden mit relativ starker Autonomie. Andererseits ist dieses von Natur aus wirtschaftlich benachteiligte Land exportstark, deshalb wohlhabend, es garantiert ausgeprägte Freiheits- und Menschenrechte, funktioniert relativ gut, und die Bürger haben einmalige Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Wie wurde der wirtschaftliche, freiheitliche, soziale Erfolg möglich? Das liegt nicht an besseren Politikern, nicht an besseren Wirtschaftsfachleuten, nicht an besseren Lehrern und

Schülern. Es liegt an der Besonderheit der schweizerischen Staatsverfassung. Diese ist ein Sonderfall und ist wesentlich mitverantwortlich für den guten Zustand des Landes. Die Verfassung stellt gleich an den Anfang:

- die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes;
- die direkte Demokratie;
- den Föderalismus, d.h. den Antizentralismus;
- die dauernd bewaffnete Neutralität;
- die verfassungsmässig garantierten Freiheits- und Menschenrechte.

Insbesondere ist die Schweiz das einzige Land auf der Welt, in dem der Gesetzgeber das Volk ist; die betroffenen Stimmbürger bestimmen selber, nicht die Politiker.

Aussenpolitischer Druck als geschichtliche Konstante

Es ertönt der verzweifelte Ruf: «Die Schweiz steht unter Druck» – «Die USA verlangen» – «Die EU fordert» – «Die EU droht» – «Die EU stellt ein Ultimatum» usw. Daraus entsteht die ernst zu nehmende Angst, die kleine Schweiz sei diesem Druck nicht gewachsen. Und dieser Druck – vor allem der mediale Druck – ist nicht zu bestreiten.

So erklärte der damalige Chef der Euro-Staaten und heutige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, die Schweiz sei kein «aufstrebendes Projekt». Es bleibe nämlich «ein geostrategisches Unding», dass man «diesen weissen Fleck» – die Schweiz – «auf der Landkarte» habe. Etwas weiter ging der damalige Präsident der deutschen Regierungspartei SPD, Franz Müntefering, der im Steuerstreit mit der Schweiz bedauerte, dass man nicht mehr wie früher die Armee schicken könne. Von den sonstigen allwöchentlichen Drohungen nicht zu reden.

Das mag unerfreulich, anmassend und bedrohlich sein. Aber es ist nichts Neues in der Schweizer Geschichte. Vielmehr ist der Druck auf die Schweiz der geschichtliche Normalfall und zwar im Innern, wie auch von aussen. Jene Zeiten in der Schweizer Geschichte, in denen man zufrieden vor sich hinträumen und die Freiheit geniessen konnte, waren sehr selten. Insbesondere die Bedrohung der schweizerischen Freiheit durch europäische Staaten ist eine historische Konstante.

Neid und Geld

Auch das Motiv der Bedrohung unserer Freiheit ist nicht neu: Bis auf den heutigen Tag geht es stets um die zwei gleichen Dinge: Freiheitsneid und Geld.

Die Freiheit eines Landes strahlt über seine Grenze hinaus und wird so für die Regierungen von weniger freien Ländern gefährlich. Freiheit infiltriert, darum muss sie ausgerottet werden. Freiheit führt nicht nur zu Bewunderung, sondern auch zu Neid.

Zudem sind freiheitliche Nationen in der Regel wohlhabend. Und das Motiv für den Druck von aussen war und ist darum auch das Geld.

Ausländische Regierungen, die ihren Bürgern weniger Freiheit geben und deren Länder in Schulden versinken, fühlen sich herausgefordert, von den eigenen Bürgern bedroht, weil diese vergleichen können. Darum verlangen die Regierungen vom freiheitlichen Nachbarland Freiheitsabbau – konkret: Höhere Steuern, kein Bankkundengeheimnis, Abbau der Demokratie, weniger freiheitliche Gesetze und selbstverständlich Geld, Geld, viel Geld. Man nennt es dann schön Kohäsionszahlungen, IWF-Kredite zur Stabilisierung, Schutzschirme,

Stützungskäufe durch die Schweizerische Nationalbank, Harmonisierung, Assimilierung und dergleichen mehr.

Namentlich die jüngere Geschichte der Schweiz liesse sich auch als die Geschichte des Freiheitsneides anderer Staaten schreiben. Deshalb ist unsere Vergangenheit auch eine Geschichte der versuchten Beeinflussungen und Integration.

Vorschriften von aussen

Es gibt auch hier nichts Neues unter der Sonne. Längst schon ist es dagewesen. Lassen wir für einmal die ruhmreichen Freiheitskämpfe von Morgarten, Sempach, Näfels, die Burgunderkriege und den Schwabenkrieg sowie die Zeit bis 1515 (Marignano) beiseite. Betrachten wir die neueste Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Auch hier war der Druck von aussen Normalfall.

Nachdem das europäische Grossreich Napoleons zusammengebrochen war, gestaltete Fürst Metternich am Wiener Kongress 1814/15 Europa neu. Die Schweiz passte auch damals nicht ins Konzept. Auch damals stand sie – als weisser Fleck auf der Weltkarte – geostrategisch im Wege. Dank der Neutralität wurde die Unabhängigkeit des Landes zwar anerkannt, erhielt aber in den Folgejahren von aussen stets Vorschriften, wie die innere Ordnung zu gestalten sei. So musste die Schweiz unter dem Druck des monarchischen Auslands 1823 das Pressekonkklusum, d.h. eine Pflicht der Kantone, die Presse zu beaufsichtigen, einführen. Zollmassnahmen als Druckmittel, wirtschaftliche Drohungen und verbale Attacken wurden eingesetzt.

Diese Einmischungen erinnern stark an die Einmischungen der heutigen EU, die unsere Steuerfreiheit oder die Freiheit der Privatsphäre regeln und uns ihr EU-Recht aufzwingen will.

Im Jahre 1846 – zwei Jahre vor der Gründung des schweizerischen Bundesstaates – beschrieb Fürst Metternich in einem Instruktionsschreiben die Schweiz wie folgt:

«Höchst trübe ist sicher das Bild, welches uns die heutige Schweiz bietet. Es ist jenes einer im gewaltigen Fortschritt begriffenen allgemeinen Auflösung: einer moralischen Fäulnis, die, im Volksgeiste immer mehr sich verbreitend, auch den Grund des eidgenössischen Staatslebens untergräbt und dem morschen Gebäude bei der ersten Veranlassung den materiellen Umsturz droht.» Das ist die schwülstige Version des 19. Jahrhunderts für den Satz Junckers im 21. Jahrhundert: «Ein EU-Beitritt würde die Schweiz stabilisieren.»

Totgesagt

Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 erfolgte unter schwersten Drohungen und Erpressungsversuchen der ausländischen Staaten: Frankreich sandte zwei Regimenter an die Grenze, Italien besetzte das Tessin. Als die standhaften Schweizer – vor allem Ulrich Ochsenbein – nicht nachgaben, mussten sie es akzeptieren, doch die ausländischen Staaten sagten der demokratischen Schweiz den frühen Tod voraus. Nur: Die einzige Verfassung, die bis heute überlebt hat, ist die schweizerische – im Gegensatz zu allen ausländischen jener Zeit.

Die Geschichte zeigt also: Morsch waren die unfreien Systeme, nicht die freie Schweiz.

Aber der Druck auf die Freiheit setzte sich fort: So als 1871 das deutsche Kaiserreich entstand, dann wieder im Ersten Weltkrieg, vor und während des Zweiten Weltkrieges und während des Kalten Krieges (1945–1989). Dann folgte enormer Druck der EU, der schliesslich 1992 zur grossen Europa-Abstimmung in der Schweiz führte, in der sich unser Land für die Freiheit entschied. Heute erfolgt massiver Druck unter dem Stichwort «Bilaterale

Verträge» und durch die Forderung nach einem Rahmenvertrag mit institutioneller Bindung, der schliesslich zum EU-Beitritt führen würde.

Innenpolitischer Druck als geschichtliche Konstante

So wie der Druck von aussen auf die Schweiz seit über 700 Jahren andauert, so ist auch der Druck von innen – meist gepaart mit einer Begeisterung für europäische Grossmächte, für etwas «Neues», «Grosses», für «Niedagewesenes» und gepaart mit einer Angst, der Kleinstaat Schweiz könnte untergehen.

Schon der Bundesverfassung von 1848 musste ein Bürgerkrieg (Sonderbundskrieg von 1847) vorangehen, um der demokratischen, freiheitlichen Verfassung zum Durchbruch zu verhelfen. 1871 stellte man in den hiesigen führenden Kreisen die Forderung auf, die Schweiz solle dem deutschen Reich beitreten, was Gottfried Keller zu mahnenden Worten an die Schweizgegner veranlasste. Keller schrieb: «So scheint das republikanische Prinzip, welches unser bürgerliches Dasein von jeher bedingt hat, mehr zu vereinsamen als Unterstützung zu finden.» Und er klagte an: «Lächelnde, wenn auch unberufene Stimmen lassen sich hören: Was willst du kleines Volk noch zwischen diesen grossen Völkerkörpern und Völkerschicksalen mit deiner Freiheit und Selbstbestimmung.»

Anschluss an ausländische Mächte?

Im Ersten Weltkrieg gab es vor allem in der Deutschschweiz eine unverhohlene Bewunderung für das deutsche Kaiserreich. Der Anschluss an diese grosse Wirtschafts- und Militärmacht erschien manchen als zeitgemäss. Das Gleiche galt für die Westschweiz in Bezug auf die Französische Republik.

Wieder griff ein Schweizer Dichter ein, der zum Festhalten an unserem Land aufrief. Diesmal war es der spätere Nobelpreisträger Carl Spitteler, der in seiner berühmten Rede «Unser Schweizer Standpunkt» ausführte: «Alle, die jenseits der Landesgrenze wohnen, sind unsere Brüder. Der Unterschied zwischen Nachbarn und Bruder aber ist ein ungeheurer. Auch der beste Nachbar kann unter Umständen mit Kanonen auf uns schiessen, während der Bruder in der Schlacht auf unserer Seite kämpft».

Vor und während des Zweiten Weltkrieges gab es bedeutende Kreise, welche die Freiheit zugunsten des Neuen und Grossen aufgeben wollten. Es war vor allem auch General Henri Guisan, der zum Festhalten am «Schweizerischen» aufrief.

Schlechtrede der Unabhängigkeit

Zur Zeit des Kalten Krieges sympathisierten lautstarke Anpasser – namentlich unter Intellektuellen und Kulturschaffenden – mit dem Sozialismus und Marxismus und liessen sich vom kommunistischen Grossreich blenden.

Kaum war 1989 die Mauer gefallen, begann die politische, wirtschaftliche, kulturelle und sogenannte gebildete Elite im eigenen Land unsere Unabhängigkeit schlechtzureden. Diese Stimmung führte schliesslich zum Projekt, die Schweiz mittels eines Vertrages zum «Europäischen Wirtschaftsraum» (EWR) in die EU zu führen, was dann am 6.12.1992 an der Urne scheiterte. Schon damals wie heute wurde den Verfechtern der schweizerischen Freiheit vor der Volksabstimmung gedroht:

«Eine Ablehnung würde starke wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen auslösen und zu einer Schwächung der Volkswirtschaft mit negativen Konsequenzen für Arbeitsplätze und Investitionen führen.» (Inserat der Schweizerischen Handelskammer, Vorort, 1992).

Der Bundesrat teilte den Stimmbürgern mit, es gelte, «die Gefahr einer Isolation der Schweiz in Europa» abzuwenden. Und der bundesrätliche Unterhändler, Staatssekretär Franz Blankart, drohte: «Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.»

Natürlich wird nie direkt gefordert, die Bürger seien in Ketten zu legen. Immer wird eine schön tönende Begründung vorgeschoben. Es wird von Harmonisierung, Solidarität, Schicksalsgemeinschaft oder Friedensgemeinschaft gesprochen.

Innenpolitischer Widerstand

Trotz der lauten Töne – meist aus führenden Schichten – haben sich bis heute im Grossen und Ganzen nicht die Anpasser, sondern der Widerstand – die Freiheitskämpfer – durchgesetzt.

An der Spitze dieses Widerstandes standen – für demokratische Freiheitskämpfe typisch – nicht führende Leute aus Politik und Wirtschaft. Es waren und sind Persönlichkeiten, die nicht aus dem Polit-Establishment stammen.

Wo stehen wir heute?

Der Druck aus dem Ausland, die Anpassung im Inland, aber auch der Widerstand der Bevölkerung gegen diesen Druck ist da. Der Druck kommt einerseits von der Europäischen Union, vor allem in Sachen Banken und Steuern, dann auch vonseiten der USA namentlich auf den schweizerischen Bankenplatz. In der europäischen Diskussion schwingen bei den führenden Leuten die Anpasser obenauf.

Das Ganze gipfelt in einer bis anhin grundsätzlichen Vorrangstellung des allgemeinen Völkerrechtes (internationales Recht), was zur Begründung der Nichterfüllung von demokratischen Volksentscheiden dient. Hier haben sich Verwaltung, Exekutive, das Parlament und die Judikative zusammengesetzt. So werden durch Volksentscheide herbeigeführte Verfassungsbestimmungen nicht umgesetzt. Der Bundesrat hat vom Parlament ein Verhandlungsmandat erhalten, um mit der EU einen Rahmenvertrag mit institutioneller Bindung (Übernahme von fremdem Recht und Akzeptierung fremder Richter) abzuschliessen.

Im Weiteren treibt die Bundesverwaltung, die überwiegend für eine Anpassung an die EU eintritt, Integrationsschritte voran, indem sie EU-Normen in Gesetze, Verordnungen und Verfügungen einpackt.

Aber – wie in der Schweizer Geschichte üblich – ist der Widerstand spürbar. In den grossen Entscheiden setzte sich dieser durch.

Alle Meinungsumfragen bestätigen, dass in der Bevölkerung der Widerstand gegen den EU-Beitritt Höchstwerte erreicht, ebenso die Aufrechterhaltung der Neutralität.

Aktuelle europapolitische Diskussion

Aus all dem Dargelegten, das vor allem der jüngeren Generation weniger bekannt sein dürfte und für die der Druck auf die Freiheit von innen und von aussen als etwas Einmaliges erscheint, wird klar, dass Zuversicht am Platze ist.